



Bisher fehlte die konzeptionelle Grundlage für eine europäische Sicherheitspolitik: Kampfflugzeug bei einer Nato-Übung im deutschen Grafenwöhr. ANDREAS GEBERT / REUTERS

# Mehr Geld bedeutet noch nicht mehr Sicherheit

2014 beschloss die Nato, dass jedes Mitgliedsland mindestens zwei Prozent des BIP für die Streitkräfte aufwenden soll. Jetzt findet ein Überbietungswettbewerb statt, vor allem wegen Trump. Sicherheitspolitisch ergibt das keinen Sinn. Gastkommentar von Herbert Wulf

Fast täglich fordern Politiker in den Nato-Ländern deutlich mehr Finanzmittel für die Streitkräfte. Zunächst ging es um mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der deutsche Wirtschaftsminister Robert Habeck forderte kürzlich 3,5 Prozent.

Der Nato-Generalsekretär Mark Rutte redete Anfang Februar insbesondere den Deutschen ins Gewissen und meinte, über die genauen Bemessungsdetails werde in den kommenden Monaten entschieden: «Ich kann Ihnen aber eins versichern: Es wird viel, viel, viel mehr sein als zwei Prozent.» Der immer wieder genannte Grund für die Erhöhung der Verteidigungsbudgets ist die Bedrohung durch Russland.

## Das Pferd wird von hinten aufgezäumt

Es ist zwar richtig, dass die europäische Sicherheitsarchitektur durch Russlands brutalen Angriff auf die Ukraine in Scherben liegt. Aber grundsätzlich falsch ist es, dieses Prozentziel – es handelt sich um eine volkswirtschaftliche Grösse, nämlich die Entwicklung der Wirtschaft – zum Hauptkriterium für verteidigungs- und sicherheitspolitische Entscheidungen zu machen.

Aus dem Anteil am BIP lässt sich nur ableiten, wie viel sich ein Land für die Streitkräfte leisten kann, nicht aber, was erforderlich ist, um eine Bedrohung abzuwehren. Es liegt denn auch in der Logik dieser Statistik, dass ein wirtschaftlicher Wachstumseinbruch die Erreichung des Zwei-Prozent-Ziels wahrscheinlicher macht. Umgekehrt hat eine florierende Wirtschaft zwangsläufig die Steigerung der Rüstungsausgaben zur Folge. Das Prozentziel mit Bezug zum BIP, diese volkswirt-

Seit Jahrzehnten versprechen sich die Europäer gegenseitig, sicherheitspolitisch eigenständiger, wenn nicht gar autonom zu werden.

schaftliche Kennzahl, ist dabei völlig ungeeignet, sicherheitspolitische Entscheidungen sachgerecht zu treffen.

Die Absurdität des Prozentziels, egal, ob zwei oder mehr Prozent, wird deutlich, wenn man die Entwicklung in einzelnen Ländern betrachtet. Als sich Griechenland vor Jahren in einer wirtschaftlichen Krise befand, erreichte das Land das Zwei-Prozent-Ziel locker, obwohl der Haushalt für die Streitkräfte in einem Zeitraum von fast einer Dekade um ein Drittel zurückgegangen war.

Der Grund: Das negative Wirtschaftswachstum war in Griechenland noch ausgeprägter, als es die Kürzungen im Verteidigungsetat waren. Also stieg der Prozentsatz des BIP für Verteidigung. Erleben wir in Deutschland jetzt eine ähnliche Entwicklung? Die Wirtschaft stagniert, der Verteidigungsetat steigt, und damit steigt auch der Anteil der Rüstung am BIP, und das Nato-Ziel kann erfüllt werden. Damit ist aber nichts über die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte ausgesagt.

Eine durchdachte Sicherheitspolitik müsste umgekehrt vorgehen. Der Ausgangspunkt sollte die Analyse der Bedrohung sein. Was sind die Herausforderungen für die Streitkräfte? Wie viel Personal wird benötigt, um die Bedrohung abzuwehren? Mit welchen Waffen müssen die Streitkräfte ausgerüstet werden? Erst aus der Beantwortung dieser Fragen ergibt sich ein schlüssiges Bild, wie viel Finanzmittel erforderlich sind. Es besteht schliesslich ein Unterschied, ob man Streitkräfte in Afghanistan einsetzt oder, wie jetzt seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine, ob man der Landesverteidigung in Europa Priorität einräumt. Auch ob eine Wehrpflicht existiert oder nicht und ob arbeitsteilig mit anderen Ländern kooperiert wird oder nationale Alleingänge durchgeführt werden, macht einen Unterschied.

Die Diskussion über diesen Prozentsatz und der derzeitige Überbietungswettbewerb sind ein Fetisch. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich, nannte es vor fünf Jahren einen «Tanz um das Goldene Kalb».

Auch die allenthalben geäusserte Feststellung, Europa habe in den letzten Jahrzehnten zu wenig Finanzmittel für die eigene Verteidigung bereitgestellt, wird durch ständige Wiederholung nicht richtig. Es ist eine faktenfreie Aussage. Die europäischen Nato-Länder gaben im Jahr 2024 nach Angaben der Nato 476 Milliarden Dollar für die Streitkräfte aus. Für das letzte Jahrzehnt waren es rund 3350 Milliarden Dollar.

Der russische Militärhaushalt ist in den letzten Jahren kräftig erhöht worden und betrug 2024 umgerechnet 127 Milliarden Dollar, also ein Bruchteil des Budgets der Nato-Länder. Selbst bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Kaufkraft in Russland und in Westeuropa und selbst wenn der riesige amerikanische Haushalt unberücksichtigt bleibt, hat der europäische Teil der Nato gegenüber Russland die Nase immer noch vorn.

## Rüstungspolitische Kleinstateerei

Der von Verteidigungsexperten beklagte schlechte Zustand der Streitkräfte in Europa kann also nicht an mangelnden Finanzen liegen. Was ist mit den Milliardenausgaben passiert? Wo liegen die politischen, militärischen und rüstungsindustriellen Fehler, die dazu führten, dass Europa sicherheitspolitisch nicht unabhängiger von den USA gemacht wurde?

Seit Jahrzehnten versprechen sich die Europäer gegenseitig, sicherheitspolitisch eigenständiger, wenn nicht gar autonom zu werden. Es hat zahlreiche Appelle, Initiativen, Projekte, Absprachen und Verträge gegeben, alle mit dem Ziel, eine gemeinsame europäische Sicherheits-, Verteidigungs- und Aussenpolitik zu etablieren. Es gelang zwar in der Vergangenheit häufig, Einzelinitiativen zu vereinbaren, aber eine umfassende Konzeption einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und deren Umsetzung scheiterten an der mangelnden Kohäsion in der europäischen Politik.

Rüstungskooperation wird in Europa nicht systematisch betrieben, sondern eher in Ad-hoc-Programmen durchgeführt. EU-Mitgliedsländer schliessen sich bei einzelnen, oft grossen Beschaffungs- und Entwicklungsprojekten zusammen, zumeist wenn der finanzielle Rahmen nationale Kapazitäten übersteigt.

Trotz den regelmässigen Plädoyers für eine Europäisierung der Rüstungsbeschaffung wird diese jedoch mehrheitlich nach wie vor im nationalen Rahmen durchgeführt. Wenn kooperiert wird, dann häufig zwischenstaatlich (mit zwei, drei oder vier Ländern), nicht aber EU-weit. Die nationale Souveränität wird im militärischen Bereich weiterhin aufrechterhalten. Wenn europäisch kooperiert wird, dann nach dem Prinzip des «juste retour»: Was immer an finanziellen Mitteln in ein gemeinsames Vorhaben investiert wird, soll an die eigene Industrie zurückfliessen. Dadurch entsteht nicht nur Doppelarbeit und Verschwendung, die Aufträge werden auch nicht unbedingt an den kompetentesten und günstigsten Anbieter vergeben, eben weil vorrangig die Interessen der jeweils heimischen Firmen berücksichtigt werden.

## Bisher nur Lippenbekenntnisse

Bislang fehlt die überzeugende konzeptionelle Grundlage für eine europäische Sicherheitspolitik. Entwicklungen finden – wenn überhaupt – nur graduell statt. Es sind Zweifel angebracht, ob die in den meisten europäischen Ländern wahrgenommene Bedrohung durch Russland und die ernstzunehmenden Ankündigungen aus Washington jetzt zu einer geschlossenen Haltung in Europa führen. Denn das Konzept der Europäisierung der Sicherheitspolitik selbst ist umstritten. Es wird von manchen in Europa vehement gefordert (wie von der EU-Kommission und vor allem vom französischen Präsidenten), während andere die eigene Verteidigung besser in der Nato aufgehoben sehen. Bislang bleiben die Versprechen zu mehr europäischer Kooperation zumeist Lippenbekenntnisse.

Wenn jetzt, wie in allen Nato-Ländern angekündigt, mehr Finanzen für die Sicherheit bereitgestellt werden, wird sich die Politik weiter fortsetzen, vorrangig die eigene Klientel zu bedienen. Wenn also nicht zuerst die sicherheitspolitischen Prioritäten festgelegt werden, sondern vor allem mehr Geld gefordert und bereitgestellt wird, dann bleibt Europa auf absehbare Zeit von amerikanischen Sicherheitsgarantien abhängig. Mehr Geld bedeutet längst nicht mehr Sicherheit.

Herbert Wulf ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung. Er leitete das Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), war Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zu Abrüstungsfragen und Waffenkontrolle und forschte am Stockholm International Peace Research Institute (Sipri).